

Antrag A19

Antragssteller*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Für eine migrantische und antirassistische LINKE. Berlin**

2 Unter Bezugnahme auf den Antrag „Für eine migrantische und antirassistische LINKE. Berlin“, der dem
3 Landesvorstand vom Parteitag am 22. August 2020 überwiesen wurde, trifft DIE LINKE. Berlin folgende
4 Maßnahmen, um zu mehr Teilhabe und Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte und von
5 Rassismus betroffenen Menschen in der Partei zu kommen:

- 6 1. Der Landesverband führt eine **freiwillige und anonymisierte Befragung ihrer**
7 **Funktionsträger*innen** und stichprobenartig ihrer Mitglieder durch, um einen Überblick
8 darüber zu erhalten, wie groß der Anteil der Mitglieder mit Migrationsgeschichte und von
9 Rassismus und Diskriminierung betroffenen Menschen innerhalb der Partei und unter ihren
10 Funktionsträger*innen ist.
 - 11 2. Der Landesverband richtet eine **ehrenamtliche Antidiskriminierungsstelle** ein, an die sich
12 Parteimitglieder vertrauensvoll wenden können, wenn sie im Rahmen ihres Parteiengagements
13 Diskriminierungserfahrungen von persönlicher, struktureller oder institutioneller Art gemacht
14 haben. Die Stelle setzt sich aus zwei ehrenamtlichen Mitgliedern, entsprechend den Vorgaben
15 für eine Quotierung, zusammen. Die Bekanntmachung der Stelle erfolgt in den Publikationen,
16 Gremien und der Homepage der Partei. Die Mitglieder der Antidiskriminierungsstelle werden
17 für jeweils zwei Jahre vom Landesvorstand berufen. Die Antidiskriminierungsstelle soll
18 Diskriminierungserfahrungen (neben Rassismus auch Diskriminierungen aufgrund des sozio-
19 ökonomischen Hintergrundes, der sexuellen Orientierung oder Identität, des Alters oder einer
20 Behinderung) aufarbeiten und gemeinsam mit dem Diversitätsausschuss (unter 4.) und dem
21 Landesvorstand Strategien entwickeln, um diese künftig zu vermeiden. Sie unterrichtet den
22 Landesvorstand regelmäßig vertraulich und auf Wunsch der Betroffenen anonymisiert über
23 Diskriminierungsfälle und berät über Lösungsvorschläge.
 - 24 3. Der Landesverband richtet zeitnah im Anschluss an die Beschlussfassung dieses Antrags **ein**
25 **unabhängiges Gremium ein (Diversitätsausschuss)**, das Konzepte, Strategien und
26 Maßnahmen zur Stärkung von Teilhabe und Diversität in der Partei entwickelt und gemeinsam
27 mit dem Landesvorstand für dessen Umsetzung Sorge trägt. Es schlägt dem Landesvorstand
28 einen konkreten Maßnahmenplan vor, der bei Bedarf im Finanzplan des Landesverbandes
29 untersetzt werden soll. Er erstellt in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand mindestens alle
30 zwei Jahre den Diversitätsbericht. Er kann im Einvernehmen mit dem Landesvorstand
31 Antirassismus- und Empowerment-Schulungen bewilligen.
- 32 Der Diversitätsausschuss setzt sich wie folgt zusammen:
- 33 • Jeder Bezirksvorstand ernennt eine*n Diversitätsbeauftragte*n aus dem Vorstand,

34 • der Landesausschuss sowie der Landesvorstand ernennen jeweils eine*n
35 Diversitätsbeauftragte*n aus ihren Reihen.

36 • Außerdem beruft der Diversitätsausschuss vier weitere Mitglieder (quotiert), die Expertise
37 im Bereich von Antidiskriminierungsarbeit und Teilhabe haben. Ziel ist, dass die
38 Diversitätsbeauftragten in ihren Gremien und Strukturen für Rassismus, Diskriminierung
39 und die Notwendigkeit von Teilhabe sensibilisieren und für die im Ausschuss verabredeten
40 Maßnahmen mit Sorge tragen. Der Ausschuss tagt mindestens zwei Mal im Jahr. Zur
41 Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Diversitätsausschuss eine Geschäftsordnung geben.

42 4. Gleiche Teilhabe Aller ist Ziel jeder linken Politik. Den Anspruch, den wir an die Gesellschaft
43 haben, dass alle Menschen gleichermaßen teilhaben können, möchten wir auch in unserer
44 Partei leben. **Menschen**, die in der Gesellschaft wegen ihres Migrationshintergrundes
45 diskriminiert werden, **sollen mindestens entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil** auf allen
46 Ebenen der Partei (Orts- und Bezirksvorstände, Bezirksparlamentsfraktionen,
47 Abgeordnetenhausfraktion, Landesvorstand, Landesausschuss, Mitgliedern im
48 Bundesausschuss, Bundestagsabgeordneten) **repräsentiert werden**.

49 Daher nimmt sich DIE LINKE. Berlin vor, auf dem nächsten Parteitag eine konkrete Zielmarke
50 zu verabreden, um dem Ziel der Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte
51 mindestens entsprechend dem Berliner Bevölkerungsanteil näher zu kommen, der derzeit bei
52 ca. 35 Prozent liegt. Die Bezirksverbände werden aufgefordert, ebenfalls Zielmarken für die
53 Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte auf bezirklicher Ebene zu verabreden, die
54 sich an den jeweiligen lokalen Gegebenheiten orientieren.

55 5. Der Landesverband entwickelt einen **Leitfaden für diskriminierungsfreie Sprache**, der sich
56 an Mandatsträger*innen und das Spitzenpersonal der Partei, das den besten Zugang zu
57 Öffentlichkeit hat, aber auch an alle anderen Funktionsebenen der Partei und ihre Beschäftigten
58 sowie alle Parteimitglieder richtet. Die Federführung dabei soll der einzurichtende
59 Diversitätsausschuss haben

60 6. Der Landesverband setzt sich zum Ziel den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte und
61 von Rassismus Betroffenen in ihrer Mitgliedschaft mindestens auf ihren Anteil in der Berliner
62 Bevölkerung zu steigern. Der Landesvorstand und der Diversitätsausschuss unterstützen dabei
63 die Arbeit der Bezirks- und Ortsvorstände, da die Gewinnung und Aktivierung von Mitgliedern
64 zuvörderst an der Basis stattfindet. Eine gezielte Ansprache und aktive Mitgliedergewinnung
65 sowie die Zusammenarbeit mit migrantischen Vereinen und gemeinsame Initiativen, Aktionen
66 und Veranstaltungen sind dafür wichtig. Parteiveranstaltungen sollten verstärkt in migrantische
67 Bezirke und migrantische Räume verlegt werden. Um Barrieren zum Mitmachen für alle zu
68 senken ist es auch wichtig dabei eine zu akademische Sprache zu vermeiden und
69 Mehrsprachigkeit bei Bedarf zu ermöglichen. Menschen, die von Rassismus betroffen sind,
70 sollten in den Medien, Publikationen und Veranstaltungen unserer Partei noch stärker zu Wort
71 kommen. Der einzurichtende Diversitätsausschuss wird aufgefordert, eine Diskussion
72 zwischen den Bezirksverbänden zu organisieren mit dem Ziel, die Parteiarbeit stärker für die
73 Mitarbeit von Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrungen zu öffnen. Dabei
74 sollen best-practice-Erfahrungen gesammelt und für die Anwendung in der gesamten
75 Landesorganisation aufbereitet werden. Dabei werden auch die Gruppen in den Blick

76 genommen, die nach äußeren Merkmalen nicht unmittelbar als Menschen mit
77 Migrationsgeschichte zu erkennen sind.

78 7. Das vom Landesvorstand beschlossene **Mentoringprogramm für Menschen mit**
79 **Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffene** soll alsbald umgesetzt werden.

80 8. Der Landesverband wirkt darauf hin, dass auch bei der **Einstellung von Mitarbeiter*innen** in
81 allen Beschäftigungsverhältnissen der LINKEN Berlin und bei ihren Mandatsträger*innen neben
82 der Gleichstellung von Frauen und von Minderheiten auch Diversität insgesamt sichergestellt
83 wird und auch von Rassismus Betroffene entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil repräsentiert
84 sind.

85 Begründung: erfolgt mündlich